

# **Die Fragen der Evangelischen Frauenarbeit in Bayern zur Landtagswahl 2008 beantwortet die Christlich-Soziale Union wie folgt:**

## 1: Frauen und Existenzsichernde Erwerbsarbeit

**Welche Möglichkeiten sehen Sie auf bayerischer Ebene, es Frauen zu ermöglichen, eine Tätigkeit anzunehmen, die ihrer Ausbildung entspricht, ihre Existenz sichert und eine eigenständige Altersabsicherung gewährleisten kann?**

Mit einer Erwerbstätigenquote von 66 Prozent im Jahr 2007 liegt Bayern zwei Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Schnitt und nimmt im internationalen Vergleich den respektablen fünften Platz ein. Frauen finden in Bayern die besten Ausgangsbedingungen für eine gute Ausbildung und einen erfolgreichen Start ins Berufsleben vor. Dies spiegelt sich auch in den Bildungserfolgen von Frauen wider:

- 55,5 % der Schülerinnen und Schüler, die die Hochschulreife in Bayern erlangen, sind weiblich.
- Dabei sind Schülerinnen durchschnittlich um 0,3 Notenpunkte besser als ihre männlichen Klassenkameraden.
- 53,8 % aller Studierenden an den Universitäten in Bayern sind weiblich.

Um Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt zu verwirklichen, schafft die CSU die nötigen Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem Gesamtkonzept von der Krippe und Tagespflege über Kindergarten und Hort bis zur Ganztagschule will die CSU im Zusammenwirken mit den Kommunen ein verlässliches, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder im Alter von zwei bis 14 Jahren bereitstellen. Gleichzeitig setzt sich die CSU bei den Unternehmen dafür ein, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und familiengerechte Jobs zu schaffen.

**Welche Möglichkeiten sehen Sie auf bayerischer Ebene, eine Verkürzung der Regelarbeitszeit zu erreichen, um so die Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilung von Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern zu gewährleisten?**

Der Bund hat von seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Arbeitsrechts umfassend Gebrauch gemacht. Spielraum für legislative Bayerische Maßnahmen besteht daneben grundsätzlich nicht. Die regelmäßige Arbeitszeit ist darüber hinaus häufig durch Tarifverträge festgelegt, was auch durch die Tarifautonomie geschützt ist. Die CSU wirbt für einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft und bei den Arbeitgebern, damit diese das Potenzial der gut ausgebildeten und motivierten Frauen besser nutzen, zum Beispiel, indem sie mehr flexible Arbeitszeitmodelle anbieten und Karrieren von Beschäftigten in Teilzeit stärker als bisher ermöglichen.

**Welche Möglichkeiten sehen Sie auf bayerischer Ebene, die an Geschlechterrollen orientierte Erziehung zu verändern, um die Überwindung des geteilten Arbeitsmarktes zu erreichen?**

Wir benötigen eine stärkere Einbeziehung der Väter in die Erziehungsverantwortung für ihre Kinder. Die Einführung der sog. Vätermonate führte zu einer stärkeren Beteiligung der Väter an den Erziehungsaufgaben. Der Väteranteil liegt in Bayern bei 16 Prozent, im ersten Quartal 2008 sogar bei mehr als 23 Prozent! Mit diesen Werten liegt Bayern bundesweit an der Spitze! Die steigende Zahl der Väter, die sich - gerade in Bayern - eine berufliche Auszeit nehmen, zeigt, dass die Einführung der Vätermonate eine erfolgreiche Maßnahme darstellt.

**Welche Möglichkeiten sehen Sie auf bayerischer Ebene, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zur Frauenförderung voranzubringen?**

Benachteiligungen von Frauen in der Privatwirtschaft sind nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bereits jetzt unzulässig. Im Übrigen erlaubt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auch jetzt schon, ein Geschlecht durch geeignete und angemessene Maßnahmen zu bevorzugen, wenn dies dem Ausgleich eines geschlechtsbedingten Nachteils dient. Unabhängig von der fehlenden Gesetzgebungskompetenz Bayerns für ein (weiteres) Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft, sieht die CSU derzeit keinen Bedarf. Die CSU

setzt vielmehr auf die Einsicht der Arbeitgeber, die es sich angesichts des hohen Fachkräftebedarfs nicht leisten können, auf die Potenziale der gut ausgebildeten Frauen zu verzichten.

## 2. Gleichberechtigte Verteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern

### **Wie stehen Sie zu einer geschlechtersensiblen Finanz-Haushaltsführung?**

Für die CSU ist die geschlechtersensible Sichtweise ein wichtiges Instrument zur Erreichung des Ziels einer modernen, leistungsfähigen und dienstleistungsorientierten Landesverwaltung. Deshalb ist sie fester Bestandteil der Modernisierungspolitik in Bayern. Die geschlechtersensible Sichtweise wurde von der CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung durch mehrere Ministerratsbeschlüsse als durchgängiges Leitprinzip festgestellt, das bei allen Vorschriften gebenden und veraltenden Maßnahmen zu beachten ist. Über die Umsetzung der geschlechterspezifischen Sichtweise wird dann entsprechend dem Ressortprinzip in den jeweiligen Geschäftsbereichen entschieden. Die Ressorts haben bereits Erfolge bei der Umsetzung der geschlechtersensiblen Sichtweise in Bayern erzielt. Die CSU und die CSU-geführte Staatsregierung sind außerdem bestrebt, dies durch entsprechende Maßnahmen weiter auszubauen sowie die Umsetzung in der Praxis weiter zu optimieren. Ziel ist dabei, die geschlechtersensible Sichtweise dauerhaft in das selbstverständliche Handlungsmuster aufzunehmen. Der Freistaat Bayern begreift die geschlechtersensible Sichtweise als ernst zu nehmendes Thema und handelt auch danach. Anlass für eine zusätzliche Einführung des Instruments Gender Budgeting besteht jedoch nicht.

### **Kennen Sie Beispiele für angewandtes Gender Budgeting?**

Im Staatshaushalt wurde Gender Budgeting nicht als haushaltspolitisches Instrument verankert.

## 3. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltungsmacht

**Welche Strategien der Stellenbesetzung bezüglich der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern finden in Ihrer Partei Anwendung, um den weiblichen Anteil im bayerischen Landtag zu erhöhen?**

Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern, auch was die Vertretung in Gremien betrifft, ist der CSU ein wichtiges Anliegen. Darauf wirken insbesondere der Parteivorsitzende Staatsminister Erwin Huber, MdL und die Generalsekretärin Christine Haderthauer, MdL – vor allem auch im Vorfeld von Nominierungsveranstaltungen - hin.

### **Wie stehen Sie zur Quotenregelung für die Besetzung von Gremien und Leitungsfunktionen?**

Ziel der Frauenpolitik der CSU ist es, Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen. Die CSU hat sich in den vergangenen Jahren besonders für die Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt. Ein wichtiges Ziel ist unter anderem die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gelingt, indem seitens der Politik die nötigen Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Eine Quotenregelung lehnt die CSU ab.

### **Gibt es Mentoringprojekte für Frauen oder andere Frauenförderprogramme in Ihrer Partei und wie greifen diese?**

Die Frauen-Union der CSU initiierte 2005 ein Mentoring-Programm, das inzwischen innerhalb der CSU zur festen Institution geworden ist. Ziel ist es, politisch bzw. gesellschaftlich interessierte Frauen gezielt zu fördern, sie nicht nur für die Politik zu begeistern, sondern auch an die politische Arbeit heranzuführen. Ehemalige Absolventinnen (Mentees) haben z.B. CSU- und FU-Verbände gegründet, traten im Kommunalwahlkampf an und konnten dort hervorragende Erfolge erzielen. Eine Mentee aus Schwaben tritt im Landtagswahlkampf 2008 als Kandidatin an. Darüber hinaus genießt das Mentoring-Programm nicht nur innerhalb der CSU ein hohes Ansehen, auch in der Schwesterpartei CDU wird es als ein erfolgreiches Konzept gesehen, mehr Frauen für politisches Engagement zu gewinnen.

#### 4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verbesserung der rentenrechtlichen Bewertung von Elternzeiten?**

Neben den Beitragszahlern tragen insbesondere die Familien mit Kindern zur Stabilität unseres Sozialstaats bei. Dieser Beitrag der Familien für die Zukunft muss künftig in den sozialen Sicherungssystemen gerechter angerechnet werden. Die CSU will einen stärkeren Familienleistungsausgleich für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, aber auch für mehr Gerechtigkeit innerhalb einer Generation.

Die geltende Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung wurde erfolgreich von der CSU durchgesetzt.

Darüber hinaus setzt sich die CSU dafür ein, dass eine an der Zahl der Kinder orientierte, echte Entlastung der Eltern bei den Beiträgen zu den sozialen Sicherungssystemen erfolgt.

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verbesserung der rentenrechtlichen Bewertung von Pflegezeiten?**

Der Bundesgesetzgeber hat mit der geltenden Regelung der rentenrechtlichen Bewertung von Pflegezeiten eine sachgerechte und ausgeglichene Lösung gefunden, die sowohl die Interessen der Pflegepersonen an einer rentenrechtlichen Anrechnung der Pflegezeiten angemessen berücksichtigt als auch das Interesse der Allgemeinheit, dass die Ausgaben der Pflegeversicherung finanzierbar und die Beiträge zur Pflegeversicherung stabil bleiben. Eine Änderung der rentenrechtlichen Bewertung von Pflegezeiten ist im Rahmen der jüngst abgeschlossenen und zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretenen Pflegereform nicht erfolgt und derzeit auch nicht beabsichtigt.

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, für eine qualifizierte Ganztagsbetreuung der Kinder vom Kleinkind bis zum Jugendlichen?**

Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Um die Bildung in der frühen Kindheit zu stärken, werden die CSU-geführte Staatsregierung und die Kommunen gemeinsam verstärkt in die Qualität der Kindertageseinrichtungen investieren, sowohl was die Betreuungsqualität als auch die frühkindliche Förderung betrifft. Bereits zum 1. September 2008 wird der für die Förderung maßgebliche Anstellungsschlüssel auf 1:11,5 angehoben. In den Folgejahren strebt die CSU eine weitere schrittweise Verbesserung auf 1 : 10 an. Die pädagogischen

Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen werden so spürbar gesteigert. Die Fachkräfte haben mehr Zeit für Bildung und Erziehung der Kinder, für Sprachförderung sowie für Elterngespräche und die Kooperation mit der Schule.

## 5. Frauen und Gesundheit

**Wie kann das spezifische Gesundheitsprofil von Frauen von den Ärzten erkannt und adäquat behandelt werden?**

**Wie können Sie sich dafür einsetzen, dass das weibliche Gesundheitsprofil in einer spezifischen Forschung in Pharmakologie und Medizin berücksichtigt wird?**

**Wie können Sie unterstützen, dass das spezifische Gesundheitsprofil von Frauen eine frauengerechte Interessensvertretung im Gesundheitswesen erfährt?**

Das EU-Programm Gender-Mainstreaming fordert die Einbindung der Chancengleichheit von Mann und Frau in alle politischen Konzepte, so auch im gesundheitspolitischen Sektor. Viele Erkrankungen und Gesundheitsprobleme treten bei Frauen und Männern in unterschiedlicher Häufigkeit und unterschiedlicher Ausprägung auf. Daher ist grundsätzlich eine geschlechterdifferenzierte bzw. geschlechtersensible Betrachtungsweise erforderlich. Dieses Anliegen verfolgt auch die Gesundheitsberichterstattung in Bayern, die auf bestehende Geschlechterunterschiede eingeht. Für das kontinuierliche Monitoring werden unter anderem so genannte Gesundheitsindikatoren herangezogen. Das Forum Frauengesundheit wurde vom Bayerischen Gesundheitsministerium 2002 gegründet und bis Mitte 2007 in Form von öffentlichkeitswirksamen Einzelveranstaltungen durchgeführt, um gesundheitspolitischen Handlungsbedarf zu frauen- bzw. geschlechtsspezifischen Gesundheitsthemen zu ermitteln. Im Forum Frauengesundheit hatte die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung zunächst die besonders aktuellen Gesundheitsthemen auf gesundheitspolitische Relevanz geprüft, notwendigen Handlungsbedarf festgestellt und entsprechende Aufklärungsarbeit für die Bevölkerung geleistet. Auch in der Öffentlichkeit kontrovers beurteilte, frauenspezifische Themen wie z. B. "Schönheitschirurgie" oder "Anti-Aging" wurden aufgegriffen. Die CSU-

geführte Bayerische Staatsregierung hat die Ergebnisse des Forums Frauengesundheit zur Entwicklung von Konzepten zur Prävention frauenspezifischer Gesundheitsrisiken und Gefährdungen heran gezogen, so z.B. beim Thema "Schönheitschirurgie" durch die Änderung des Heilmittelwerbegesetzes. Zu den Veranstaltungen wurden v. a. Personen aus Gesundheitsberufen, Verbänden, Institutionen, Selbsthilfevereinigungen und staatlichen Einrichtungen geladen.

## 6. Ehrenamt

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, ehrenamtliches Engagement über den jetzigen Stand hinaus steuerlich anzuerkennen?**

Die CSU hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass nach dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10. Oktober 2007 (rückwirkend in Kraft seit 01.01.2007) künftig für Einnahmen aus allen nebenberuflichen, ehrenamtlichen Tätigkeiten im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich eine steuerfreie Pauschale bis zu 500 € jährlich geltend gemacht werden kann, sofern nicht bereits eine andere Regelung in Anspruch genommen wird. Die Tätigkeit darf zu nicht mehr als einem Drittel der üblichen Arbeitszeit ausgeübt werden und nicht der hauptberuflichen Tätigkeit entsprechen.

Eine weitere Verbesserung der erfolgreich von der CSU durchgesetzten Regelung ist nicht geplant.

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, damit ehrenamtliches Engagement auch Rentenanwartschaften erfährt?**

Aufgrund der demografischen Entwicklung mit und der hohen Kosten, die mit den Einräumung von Rentenanwartschaften für das Ehrenamtliche Engagement einhergehen, sehen wir gegenwärtig keine Möglichkeit hierfür.

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen staatlichen Landesnachweis für ehrenamtliches Engagement einzuführen?**

Die CSU-geführte Bundesregierung prüft und konzipiert derzeit die Einführung eines so genannten „Landesnachweis Ehrenamt“. Damit besteht erstmals die Möglichkeit ehrenamtliches Engagement (vorerst im Sozialbereich) anzuerkennen und zu würdigen. Darüber hinaus kann ein derartiger Nachweis bei der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen von Nutzen sein, da damit im Bürgerschaftlichen Engagement erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse dokumentiert werden.

## 7. Der Schutz des Sonntags

### **Wie begegnen Sie der großzügigen Genehmigungspraxis der Kommunen, um den Sonntagsschutz auf Dauer zu gewährleisten?**

Der Schutz der Sonn- und kirchlichen Feiertage ist für die CSU unverzichtbarer Bestandteil der Kultur und religiösen Tradition. Der freie Sonntag gibt den Menschen die Möglichkeit der Teilnahme an den Gottesdiensten, einen festen Zeitraum der Ruhe und Erholung und Zeit für Gemeinsamkeiten in Familie, Freundeskreis und örtlicher Gemeinschaft.

Die CSU hält daher am grundsätzlichen bundesrechtlichen Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit nach § 9 Arbeitszeitgesetz ebenso fest wie an dem einer landesrechtlichen Regelung offen stehenden Gebot des grundsätzlichen Ladenschlusses an Sonn- und Feiertagen.

Die auf der Grundlage der eng begrenzten Ausnahmetatbestände nach dem Ladenschlussgesetz erfolgende Sonntagsarbeit ist unvermeidlich, stellt aber den grundsätzlichen Sonn- und Feiertagsschutz nicht in Frage. Es ist aber auf eine korrekte Gesetzesanwendung zu achten, die den Ausnahmecharakter der Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen strikt beachtet.

Zum Schutze der Sonn- und Feiertage ist eine restriktive Anwendung der Ausnahmeregelungen erforderlich. Auf Dauer wird in einer Demokratie aber nur dann der derzeitige Sonn- und Feiertagsschutz zu halten sein, wenn auch die Menschen die Sonn- und Feiertage weiterhin wertschätzen.



## **Unterstützen Sie die Allianz gegen die Sonntagsarbeit?**

Genau wie die Allianz gegen die Sonntagsarbeit sehen wir den Schutz der Sonn- und kirchlichen Feiertage als unverzichtbaren Bestandteil unserer Kultur und religiösen Tradition an. Die auf der Grundlage der eng begrenzten Ausnahmetatbestände nach dem Ladenschlussgesetz erfolgende Sonntagsarbeit ist jedoch unvermeidlich. Auch die von der Allianz gegen die Sonntagsarbeit kritisch beurteilte verstärkte Ausschöpfung der Möglichkeit, an jährlich bis zu höchstens vier Sonn- und Feiertagen den Ladenschluss anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen aufzuheben, ist aus unserer Sicht ein ausgewogener Ausgleich, der örtlichen Wirtschaft die Gelegenheit zu geben, durch besondere Veranstaltungen ihre Attraktivität zu steigern, ohne den an 48 von 52 Sonntagen fortbestehenden Sonntagsschutz grundsätzlich in Frage zu stellen.